

Rede der Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kamen zum Kamener Produkthaushalt 2010 am 17. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

in den letzten Wochen und Monaten wurde oft und ausführlich über die desaströse finanzielle Situation der Städte in den Medien berichtet. Die Städte selber, ihre Interessenvertretungen und viele Verbände und Institutionen warnten frühzeitig, in aller Deutlichkeit vor dem Einbruch der Finanzen und vor den Folgen für die Kommunen.

Folgen für die städtischen Einrichtungen, die Gebäuden oder Straßen, nachhaltige Folgen für alle Bürger, denen nicht mehr das garantiert werden kann, was zuvörderst die Aufgabe einer Stadt ist:

Die öffentliche Daseinsvorsorge zu erhalten und zu garantieren!

Dafür zu sorgen, dass Kindergärten und Schulen gut ausgestattet sind, Sportstätten benutzbar, Bäder geöffnet, Jugendzentren ihre Angebote machen und genug Personal in den Rathäusern da ist, um sich um die Anliegen der Bürger zu kümmern. Das alles bricht gerade vielerorts weg, wird reduziert, geschlossen, kostenminimiert. Nicht erst die Wirtschaftskrise hat die Talfahrt der Stadtfinanzen ausgelöst, sie hat diese nur noch beschleunigt und die - auch für uns - zu erwartenden weiteren Steuereinträge verwandelt den Begriff der „kommunalen Selbstverwaltung“ in eine leere Worthülse!

Untermuert wird dieses reale Szenario durch horrenden Zahlen und Milliarden - Summen, über rapide sinkende Steuereinnahmen, steigende Sozialausgaben und auflaufende Kassenkredite, als Schulden, die kaum noch beherrschbar sind. Die Eigenkapitalquote vieler Gemeinden geht rasant gen Null!

Zudem tickt hier, mit der Aussicht auf steigende Zinsen, eine weitere Zeitbombe für die Städte!

Es gibt schon lange, laute und verzweifelte Hilferufe an den Bund und das Land den Städten endlich ernsthaft zu helfen. Wege gemeinsam zu finden, praktikable Lösungen gesetzlicher und finanzieller Art aufzuzeigen, um den sich ausbreitenden finanziellen Flächenbrand in den Kommunen zu stoppen.

Doch wir haben zurzeit in Berlin eine Regierung, die im Versuch das Land zu regieren, an ihrem eigenen Unvermögen scheitert und mit aberwitzigen Steuergeschenken und Bedienung von privilegierten Gruppen die Schulden höher treibt und so auch den Kommunen dadurch zusätzliche Kosten aufbürdet. Eine Kommission zur Situation der Städte einzuberufen reicht nicht, schon gar nicht, wenn man nebenbei die Abschaffung der Gewerbesteuer diskutiert!

Wir haben eine Landesregierung, die zu all Diesem weitestgehend politisch sprachlos ist, die sehenden Auges zulässt, dass immer mehr Städte in NRW in den Nothaushalt gehen müssen!

Den Satz „Stadt und Land Hand in Hand“ versteht diese Regierung nicht! Dieser Satz hat etwas und drückt in seiner Schlichtheit das aus, worum es eigentlich geht:

Ein Miteinander , eine Verantwortung von Land und Kommunen aus der Erkenntnis heraus, das nur blühende Städte mit gedeihlichem Auskommen dazu beitragen, dass das gesamte Land stark ist und an seinem Wachstum alle Bürger partizipieren!

Diese Erkenntnis fehlt der Landesregierung gänzlich und konfrontiert mit der Tatsache, dass auch die Landesfinanzen durch die Berliner Eskapaden weiter angegriffen werden, finden wir heute eine Landesregierung vor, die nicht das Format hat in Krisenzeiten anzupacken!

Zu hören ist vom Land und der Aufsicht, dass die Städte ihre Hausaufgaben machen und kräftig sparen sollen! Anstrengungen durch Landesgesetzgebung den Zeitraum für strukturelle Ausgleiche zu verlängern und so den Städten entgegen zu kommen, gibt es nicht!

Es zeugt deshalb hier von wenig politischer Weitsicht, wenn man diese dramatische Krise seiner Städte im Land damit als erledigt betrachtet, wenn diese nur fleißig sparen.

In diesem großen Ganzen ist jetzt auch die Stadt Kamen angekommen. Angesiedelt in einer strukturschwachen Region mit hohen Sozialausgaben und geringer Steuerquote.

Wir werden heute zwar einen Produkthaushalt 2010 beschließen, der aber nur einen Handlungsrahmen für das schon laufende Jahr darstellt. Gleichwohl beinhaltet er unsere – wohl letzten – großen und umfangreichen Projekte, wie den „Netzschluss Innerer Ring“, sowie die Umgestaltung des Bahnhofumfeldes mit Parkhaus und Unterführung. Wir schöpfen die letzten K II Mittel aus und realisieren Wohnumfeldverbesserungen in den Stadtteilen und können bei Schulen und Sport investieren. Und, zwar extern finanziert, aber ebenso bedeutsam: Das Gesundheitszentrum am Krankenhaus wird Realität!

Unser Augenmerk liegt auf dem uns vorliegenden Haushaltssicherungskonzept (HSK). Hier legen wir mit Beschlüssen Grundlagen, die uns für die nächsten Jahre weitestgehend binden werden.

Wohlwissend, dass dieses HSK wahrscheinlich von der Aufsicht nicht genehmigt wird und wir in den Nothaushalt abrutschen.

Es wird nicht reichen – die Summen, die erforderlich sind werden wir bei allem aufrichtigen Sparwillen nicht zusammen bekommen. Der Anstieg unserer Kassenkredite wird nur zeitlich gestreckt. Eine weitere bittere Erkenntnis mit der wir leben müssen!

Natürlich können wir uns darauf berufen, dass alle Einsparungen vergeblich sind!

So einfach macht es sich meine Fraktion nicht! Es ist richtig, durch ein HSK gegenüber der Aufsicht einen ernsthaften Sparwillen zu dokumentieren und diesen, in von uns selbst bestimmten Bereichen, durchzusetzen.

Alles andere hieße, die Stadt ihrem Schicksal zu überlassen – was die SPD Fraktion nicht will und auch aus der politischen Verantwortung heraus nicht zulassen wird!

Weiterhin den Gestaltungswillen für diese Stadt nicht aufzugeben bleibt politischer Anspruch der SPD – das ist insbesondere im Zusammenhang mit diesem HSK zu sehen und mit dem, was beschlossen wird – **und was nicht beschlossen wird!** Durch dieses HSK werden in dieser Stadt keine Einrichtungen geschlossen und keine Strukturen zerschlagen!

Die offene Jugendarbeit, die Musikschule, die Bücherei oder die sozialen Beratungs- und Betreuungsangebote von Stadt und freien Trägern, sie alle werden weiter da sein! Auf Bereiche, die Kinder und Jugendliche betreffen, wird insbesondere Rücksicht genommen.

Unsere Schulen sind gut ausgestattet und es fließt z.B. eine 3 / 4 Million € als freiwillige Leistung in den Bereich der Kinderbetreuung, das wichtige Angebot der U 3 Betreuung wird weiter ausgebaut. Kultur in Kamen wird stattfinden, Sport wird weiter betrieben und wir brauchen hier aktuell auch nicht über Schließung von Schwimmanlagen reden.

Die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung werden in diesem Jahr nicht steigen. Ich möchte aber deutlich sagen, dass das Thema damit nicht erledigt ist! Gibt es auch hier keine Bewegung beim Land – wird also dort weiterhin von einer fiktiven Einnahme in Höhe von 19 % an Elternbeiträgen ausgegangen – und somit an dieser familienfeindlichen Linie beharrlich festgehalten, sind wir gezwungen uns in den nächsten Monaten, in Hinblick auf den HH 2011 und die Fortschreibung des HSK, mit diesem Thema anders auseinander zu setzen! Eine volle Weitergabe von 19 % hieße z. B. für eine Familie mit mittlerem EK, dass im Jahr über 450 € Mehrkosten entstehen würden – ein Wahnsinn, was da Eltern und Städten zugemutet wird, bei einem System, dass sich jährlich schon um 1,5 % an sich verteuert! Wir fordern: landesweit einheitliche Elternbeiträge und Defizitausgleiche für arme Städte!

Es bleibt zu hoffen, dass nach dem 09.Mai – so oder so - Vernunft einkehrt!

Wir beschließen heute keine Strukturbrüche in dieser Stadt!

Die Belastungen werden **in der Linie alle** Menschen und Bereiche in Kamen treffen. Wir tun dieses aus der Not heraus, aber mit durchdachten Einsparungen, mit Erlössverbesserungen, z.B. durch noch zu vertretende Erhöhungen von Gebühren und Eintritte – die auch im interkommunalen Vergleich bestehen können!

Den städt. Töchtern werden erstmalige, oder weitere, erhöhte Gewinnausschüttungen abverlangt, die Grundsteuern ab 2011 und die Gewerbesteuer ab 2012 erhöht. Wir werden bei der Stadthalle den Zuschussbedarf senken und die KBG weiter aufmerksam begleiten. Die SPD will die Stadthalle als Einrichtung für unsere Stadt - eine Aufgabe dieser Gesellschaft ist zudem finanzpolitischer Unfug und wird von uns ernsthaft nicht erwogen!

Dem Personalkörper des Rathauses wird sehr viel abverlangt mit dem Abbau von 29 Stellen - und unser Ausbildungsangebote nur noch strikt bedarfsorientiert anbieten zu können, ist bitter.

Natürlich werden wir uns mit der Einführung von Parkgebühren im Jahre 2012 beschäftigen. Man kann auch hier nicht vor zu erwartenden Einnahmen im

sechsstelligen Bereich die Augen verschließen und gleichzeitig andere Bereiche belasten!

Das optische Erscheinungsbild unserer Stadt wird sich ändern, durch den Abbau von Standards in Pflege und Aufwand der städtischen Infrastruktur, wir werden spür- und sichtbar merken, dass nötiges Geld nicht mehr vorhanden ist.

Das wird sich auch im Bereich der Investitionen zeigen. Linie der Aufsicht für Städte im Nothaushalt ist es derzeit, die städtischen Investitionen strikt zu begrenzen. Das heißt, dass uns in Bezug auf notwendige Maßnahmen zur Weiterentwicklung unserer Stadt Fesseln angelegt werden könnten, die Wachstum und Werterhalt massiv einengen oder gar unterbinden.

In Kamen ist in den letzten Jahren kein Geld verschwendet worden, hier gibt und gab es auch keinen Luxus. Hier wurden stets, mit Augenmaß für die Stadtentwicklung, Projekte angestoßen und ausgeführt, hier wurde nachhaltige Wirtschaftsförderung betrieben und hier wurde z. B. immer darauf geachtet, dass die die Arbeit unserer KG und Schulen unter dem Standard erfolgen kann, den Bildung verdient!

Unsere freiwilligen Ausgaben sind nicht überzogen, sondern haben die gedeihliche Entwicklung einer städtischen Infrastruktur im Auge, die soziale, kulturelle, sportliche und viele ehrenamtliche Bereiche mitnimmt und unterstützt, ohne die unsere Stadt keine Entwicklung hätte und nicht ihren so eigenen Charakter.

Ich appelliere an dieser Stelle nicht nur an diesen Rat, sondern auch an alle gesellschaftlichen Gruppen, Vereine und Institutionen in unserer Stadt, in dieser Situation nicht Grabenkämpfe für Einzelinteressen auszufechten, sondern auf uns **alle** zu schauen, mitzuwirken, diese extrem schwierige Situation - die eine längere Zeit unser StadtLeben prägen wird – gemeinsam zu tragen, mitzugestalten, zu meistern, für unsere Stadt und ihre Menschen.

Hier stehen wir alle in Verantwortlichkeiten, dies gilt ganz besonders für den Rat dieser Stadt und den darin vertretenen Fraktionen!

Wir alle sind gewählt, das Beste für unsere Stadt zu erreichen. Deshalb müssen wir gerade in der Krise im Dialog untereinander und nach außen, für den Erhalt der Lebendigkeit unserer Stadt sorgen!

Zeigen wir deshalb gemeinsam den Willen zur Verantwortung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!